

18.12.2019

Rede zum Haushalt 2020

Mehr Schein als Sein

Wir halten hier eine Haushaltsrede, obwohl noch kein Vorbericht vorliegt und die Unterlagen erst kurzfristig ergänzt wurden. Warum ? Weil wir großen Respekt haben vor der Arbeit von Frau Fritzsche und Herrn Bonfert, die es geschafft haben den Haushalt 2020 in Zusammenarbeit mit Herrn Hettmer trotz schwieriger Umstände in dieser Form zu präsentieren.

Im Namen der gesamten UBV Fraktion daher unseren herzlichen Dank und diesen eben auch gleich zu Beginn der Rede.

Was prägt den Haushalt ?

Personalkosten: wir haben hier eine erneute Steigerung von 5,1 % gegenüber dem letzten Jahr, die unsere Ausgabenstruktur auch für die nächsten Jahre entscheidend beeinflusst.

Aber wir sehen auch, dass sich die Aufgaben mehren und wir zusätzlich qualifiziertes Personal auf Seiten der Stadt brauchen um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Ich nenne hier beispielsweise das Bauamt, das uns in den letzten Wochen beschäftigt hat. Neue Stellen wie ein Klimamanager und ein Seniorenbeauftragter sind dringend notwendig.

Immerhin konnten wir die Stelle für einen Wirtschaftsförderer endlich besetzen, den wir schon zu Beginn der Stadtratsperiode gefordert hatten. Damit bringen wir Themen wie Einzelhandelskonzept oder Gewerbeflächenmanagement weiter voran.

Das **Jahresergebnis** beträgt -4,8 Mio, der Saldo aus laufender Verwaltung + 1,7 Mio. €.

Konsequenz: die Tilgung von Krediten in Höhe von 6,5 Mio € kann nicht erwirtschaftet werden, die ordentliche Tilgung von 1,3 Mio. gerade mal so, 21,5 Mio. € neue Kredite sind geplant. Abzüglich der Tilgung 6,5 Mio. ergibt sich eine Netto- Neuverschuldung von 15 Mio.

Trotz Rekordeinnahmen können die laufenden Ausgaben gerade so bestritten werden.

Ende 2020 sollen noch ca. 2 Mio. der bisher 34,5 Mio. übrig sein Dieliquiden Mittel liegen dann bei 23,4 Mio., allerdings sind davon 21,5 Mio. neue Schulden.

Und dabei würden den Bürgerinnen und Bürger etwas vormachen, wenn wir weiter nach außen damit angeben, das wir für die anstehenden Projekte genügend Gelder haben.

Die geplanten **Investitionen** betragen satte 41 Mio., von denen gerade einmal 10 Mio durch Zuwendungen gedeckt sind. Alles wichtige und unverzichtbare Projekte, die wir bisher immer auf die lange Bank geschoben haben, wie z.B. Stadtmuseum, Jesuitenkolleg, Sanierung der Schloßbergschule, Jugendzentrum mit Tiefgarage. Dazu kommen Investitionen in den Neubau von Kitas am Reischer Talweg und am Wiesenring, die Sanierung des Heilig Kreuz Kindergartens und am Wichtigsten natürlich der dringend benötigte Bau neuer Sozialwohnungen.

Es war eine lange Diskussion bis wir die 1,5 Mio Planungskosten wieder im Haushalt hatten. Auf die versprochene Vorstellung der Verwaltung zur **Gründung einer städt. Wohnbau- und Verwaltungsgesellschaft** warten wir noch immer. Bezahlbarer

Wohnraum für Normalverdiener in den Händen der Stadt- das ist die Zukunft. Sie Herr Neuner wollen und werden das nicht erkennen.

Um diese Projekte auf den Weg zu bringen und gleichzeitig so viel Geld zu haben, dass wir die Gehälter und Verpflichtungen sicher begleichen können, müssen wir mit einer **Kreditaufnahme** von bis zu 15 Mio planen !

Der Haushalt 2020 enthält alles was dringend gemacht werden müsste und worauf die Bürger warten. Trotzdem ist eben nicht alles Gold was glänzt, denn sicherlich werden wir Ende des Jahres wieder feststellen, dass Vieles nicht umgesetzt werden konnte.

Es gilt hier für die Bürger **klare Prioritäten** zu setzen und nicht ein Wunschprojekt nach dem anderen aus den eingestellten Investitionen herauszugreifen, dass vermeintlich dringendst erledigt werden muss: Stichwort Lechsteg zu einem überhöhten Preis mit fehlender Anbindung bei Fertigstellung, da sich die Bahnunterführung verzögert. Wir stehen zu dieser Brücke. Aber die Brücke macht nur dann wirklich Sinn, wenn der „Zubringer durch das Gelände ULP eine Verbindung in den Westen der Stadt schafft. Dies wird auf Jahre hinaus nicht der Fall sein. Der Weg wird am Bauzaun ULP enden. Deshalb waren für die Verschiebung des Baubeginns der Brücke.

Wie geht es weiter mit der Schwaighofkreuzung und dem Postberg ? Hier sind zwar Planungskosten enthalten, aber Mittel für eine Umsetzung sind ebenso wenig berücksichtigt, wie beim Umbau der Kreuzung Münchner Straße Ziegeleistraße oder bei den Fußwegen Weilheimer und Epfenhauser Straße.

Eine wirksame und sinnvolle Einführung einer **Mobilitätssatzung** hängt auch aber eben nicht nur an zusätzlichen Fahrradstellplätzen – dafür haben wir gesorgt – sie hängt vor allem an zwei Dingen:

1. Erstellung und Umsetzung eines Radwegekonzepts, wie dies die UBV schon seit Jahren vergeblich immer wieder beantragt hat
2. Ein vollkommen neu konzipierter und wesentlich attraktiverer ÖPNV mit Stadtbus.

Wenn eines der wichtigsten Kriterien für weniger Stellplätze die Tatsache ist, dass eine Bushaltestelle ein 600 m Entfernung liegt, dann muss der Bus auch fahren. Und zwar dann wenn man um 6.00 Uhr in die Arbeit zur Frühschicht muss , um 22.00 Uhr nach Hause kommt, am Sonntag zum Friedhof möchte oder am Samstag nach dem Einkaufen nach Hause.

Die Taktung muss enger werden, kurzfristig kann man auch über ein Pilotprojekt für einen kostenlosen Nahverkehr - nicht nur an den Adventssamstagen – nachdenken.

Wir werden hierzu kurzfristig Anträge stellen. Dann wird sich zeigen, ob alle bereit sind, die Voraussetzungen für eine Mobilitätssatzung zu schaffen.

All das wird noch zusätzlich Geld kosten.

Von 2013 bis heute sind die ordentlichen Aufwendungen von 62 Mio auf 91 Mio gestiegen. Die ordentlichen Erträge aber nur von 70 auf 87 Mio, d.h. die Aufwendungen sind um größer 10 Mio mehr

gestiegen als die Erträge. In Zeiten einer Hochkonjunktur.

Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für Normalverdiener und Sozialwohnungen für die, die oft unverschuldet ,in Not geraten sind. Konzeptioneller Mietwohnungsbau, Einheimischenmodell und Sozialer Wohnungsbau .

Wir stimmen diesem Haushalt und der Finanzplanung bis 2023 zu, da Projekte wie KiTa´s und Schulsanierungen wichtig sind und weiter gehen müssen. Die Folgekosten des Wachstums, z.B. die Infrastrukturkosten rund um ULP werden uns aber weiter beschäftigen. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss zusätzlich höchste Priorität bekommen.

Wir verbinden mit unserer Zustimmung den Auftrag an unseren neuen Kämmerer dies im Blick zu haben, uns regelmäßig in den VFA Sitzungen einen Bericht zum Umsetzungsstand der laufenden Projekte zu geben und die sich daraus ergebende finanzielle Lage darzustellen.